

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigenstellen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Woche.

Redaktion: Die Anzeigenstelle befindet sich in der Hauptstadt des Erzgebirges, am Marktplatz 10. — Druck: Die Anzeigen werden in der Druckerei des Auer Tageblattes in Chemnitz gedruckt.

Telegraphische Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile und Woche. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. — Postamt-Nr. 1000.

Nr. 154

Dienstag, den 6. Juli 1926

21. Jahrgang

### Stresemann über den Wiederaufbau Deutschlands.

Staat und Währung befestigt. — Gleichberechtigung errungen.

Hannover, 4. Juli. Auf einer Kundgebung der Deutschen Volkspartei Hannover-Ost auf dem Dobrock sprachen die Reichstagsabgeordneten Behnen und Hansen, sowie der Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Dieser legte seinen Ausführungen die Idee der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse seit dem Umsturz der Staatsform zugrunde und betonte mit großem Nachdruck die Notwendigkeit der Mitarbeit am Staate als Pflicht für alle und als Ausdruck wahrer nationaler Gesinnung. Sowohl außen wie innenpolitisch hätten sich die Verhältnisse in Deutschland seit den Tagen des Jahres 1918 grundlegend geändert und gebessert. Der gesunde Sinn des deutschen Volkes habe von der fast unbegrenzten Macht der Volksbeauftragten wieder zu der verfassungsmäßigen Gestaltung der Dinge zurückgefunden. Trotz mancher Rückschläge werde das Volk in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich denjenigen Parteien zuwenden, die für eine Festigung des Staates eintreten. Wer die heutige Zeit mit dem Werden des deutschen Staates im Jahre 1919 vergleicht, der könne die Stärke dieses Umschwunges nicht leugnen. Nichts sei erfreulicher für die Beurteilung der Umwandlung der Dinge, als das beginnende

Sichere der Sparkasseneinstufen, das davon zeuge, daß das Volk mit Recht Vertrauen zu der deutschen Währung habe und sich von jenem dem Sparförm abgewendeten Launel entferne, der die bedauerlichste Auswirkung der Inflationszeit gewesen sei. Die Konsolidierung gehe auf außenpolitischem Wege vor sich. Früher habe man sich Deutschland gegenüber nur ultimativer Drohungen bedient, seine Teilnahme an den internationalen Verhandlungen habe fast nie unter dem

Charakter der Gleichberechtigung gestanden. Heute sei diese Periode überwunden.

Deutschlands gleichberechtigte Mitwirkung

an der Lösung der großen internationalen Fragen werde als selbstverständlich angesehen, und derselbe Bitterbund, der im Jahre 1919 Deutschlands Eintritt abgelehnt habe, habe selbst gewisse Schwierigkeiten mit großen, ihm angehörenden Nationen nicht gescheut, um sich die Mitarbeit Deutschlands zu sichern. Der Außenminister nahm dann Veranlassung, sich gegen schiefe Auffassungen zu wenden, die über das Dawesabkommen beständen, und betonte im Zusammenhang mit der Forderung nach Revision des Dawesgutachtens, daß ein Volk, das durch den verlorenen Krieg tatsächlich arm geworden sei, auch nicht einen falschen Eindruck erwecken dürfe, wie das durch jene Maßnahmen der Großstädte geschehe, die in Bezug auf die Schaffung öffentlicher Einrichtungen sich keinerlei Beschränkung auferlegten, obwohl unsere tatsächlichen Verhältnisse Zurückhaltung erforderten und die steuerliche Belastung stark sei. In Bezug auf die innerpolitischen Verhältnisse betonte Dr. Stresemann, daß die Deutsche Volkspartei ihren Charakter als nationale und liberale Partei niemals aufgeben dürfe. Sie sei ihrem ganzen Charakter nach zum Ausgleich der Gegensätze bestimmt und werde die in ihrem Programm festgelegten Gedanken der Ueberwindung der Parteigegensätze und der Zusammenfassung aller Kräfte trotz vieler Fehlschläge grundsätzlich stets weiterhin vertreten. Der Wiederaufbau Deutschlands könne

niemals das Werk einer einzelnen Partei sein, sondern werde sich nur aus der Zusammenfassung aller hierzu in Betracht kommenden Kräfte ergeben.

### Gedanken über Sowjetrußland.

Die sowjetrussischen Wirtschaftspolitiker werden allmählich in immer größere Konflikte gedrängt. Ihre Letztinstanz "Front zum Dorfe" führte bekanntlich zu einer Stärkung der privatkapitalistischen und antikommunistischen Kräfte auf dem Lande. Das paßte nicht in das Programm. Maßgebend ist für die sowjetrussischen Wirtschaftspolitiker die Stärkung der Industrie; daher der Schrei "Industriearbeiter!"

Nach den Sowjetstatistiken erreichte die Industrieproduktion in den Wirtschaftsjahren

1921/22	24,5 Prozent
1922/23	54,0 Prozent
1923/24	48,0 Prozent
1924/25	70,0 Prozent

der Produktion von 1918. Man darf aber hierbei nicht übersehen, daß es sich nur um eine Industriebildung der alten Betriebe handelt. Erst muß das alte, was sehr viel Geld kostet, hergestellt sein, dann erst kann an einen Aufbau gedacht werden, der wieder sehr viel Kapital erfordert.

Der russische Maschinenbau ist derartig heruntergewirtschaftet, daß er für eine Versorgung der russischen Industrie gar nicht in Frage kommt. Es kommt daher zuerst einmal ein großer Maschinenimport in Frage. Dieser kostet Geld, das nicht vorhanden ist. Von der Sowjetrepublik wird nichts so sehr gewünscht wie Geld. Ganz abgesehen davon, daß sich die ausländische Industrie hüten wird, große Kredite zu geben, ist der Geldbedarf ein derartig hoher, daß er niemals durch fremden Kredit allein gedeckt werden kann. Das Land muß das Geld eben zum großen Teil selbst schaffen. Genau wie unter der zaristischen Zeit der Export, vor allem der landwirtschaftlichen, dem Staate die Mittel zur Verwirklichung seiner Industriepäne zuführte, so muß auch im jetzigen Staate der Export die Mittel zur Industriearbeitung schaffen.

Neben Holz und Raphta kommt nur ein Export von landwirtschaftlichen Gütern und landwirtschaftlichen Nebenprodukten in Frage. Sollte es den russischen Wirtschaftspolitikern gelingen, einen großartigen Export tatsächlich zu organisieren — bis jetzt hat hierbei das Organisations-talent versagt — dann hat er aber zur Voraussetzung, daß die Landwirtschaft durch den Staat selbst gefördert wird. Mit der Förderung der Landwirtschaft werden aber, wie es bereits geschehen war, die privatkapitalistischen und antikommunistischen Kräfte auf dem Lande gefördert, was wieder nicht in das politische Programm hineinpaßt. Die russischen Wirtschaftspolitiker lassen sich naturgemäß in erster Linie von politischen Motiven leiten. Damit kommen sie eben an den Scheitelpunkt. Was tun? Die Folgen einer Stärkung der Landwirtschaft passen nicht in das politische Programm, zur Stärkung der Industrie fehlen die Mittel; sie können aber nur beschafft werden durch landwirtschaftlichen Export, aber nur mit einer gestärkten Landwirtschaft ist eine Hebung des Exportes möglich. Wie groß die Sehnsucht nach Geld in Rußland ist, beweist der Umstand, daß der 800-Millionen-Kredit (s. Zt. schon im Aufbauprogramm) einfalluliert war zu einer Zeit, als das Zustandekommen des Kredites sehr fraglich war.

Im Bezug auf das Rußland-Geschäft ist eben nach wie vor große Vorsicht am Platze. Alle haben letzten Endes den Schaden zu tragen, nicht zuletzt das große Volk der Arbeitnehmers.

### Vorstandstagung des Reichsstädtebundes.

Danzig, 3. Juli. Der Vorstand des Reichsstädtebundes wurde am Sonnabend abend im althergebrachten Artushof-Saale durch einen vom Senat und der Stadtbürgerschaft der Freien Stadt Danzig veranstalteten offiziellen Festabend feierlich begrüßt. Außer dem Vorstand des Reichsstädtebundes mit den Namen waren die Mitglieder des Danziger Senats, der Stadtbürgerschaft, des Volkstagspräsidiums sowie zahlreiche Abgeordnete, die Professoren der Technischen Hochschule und andere Ehrengäste erschienen. Im Verlaufe des Abends hielt der Präsident des Danziger Senats, Dr. Sahm, eine Ansprache. Er erinnerte an die Zeit, in der er Geschäftsführer des Deutschen Städtebundes war und mit dem Reichsstädtebund enge Beziehungen unterhielt. Er gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß der Vorstand des Reichsstädtebundes seine Vorstandstätigkeit nach Danzig verlegt habe, das durch Tradition aus alter wie aus neuer Zeit eng mit dem deutschen Städtebund verbunden sei. Heute habe Danzig isoliert da, aber es sei keine Pleniob-Isolation. Schwer lastet die Not der Zeit auf Danzig. Trotz diesen Not aber versuche es, seine Aufgabe durchzuführen, und die sei: Die Stadt politisch und wirtschaftlich frei und unabhängig und vor allem deutsch zu erhalten. Der Senatspräsident hat die Gäste, im Reiche davon Kunde zu geben, daß Danzig seiner Tradition getreu eine deutsche Stadt bleiben werde. (Beifalles Bravo!) Er schloß mit einem Hoch auf die reichsdeutschen Gäste.

Namens des Vorstandes des Reichsstädtebundes sprach Oberbürgermeister Bellan aus Oldenburg. Als der Reichsstädtebund beschlossen habe, seine diesjährige Tagung in Königsberg und vorher die Vorstandstätigkeit in Danzig abzuhalten, da sei er beauftragt worden,

### Vom Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei.

Berlin, 4. Juli. Im Preussischen Landtage trat gestern der Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, Reichskanzler Dr. Marx, zusammen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden hielt der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald ein fast einstündiges Referat über die politischen Tagesfragen. Das Zentrum werde weiter dafür eintreten, daß die Auseinandersetzung mit den Fürstentümern auf reichsgesetzlichem Wege geregelt werde. Bei den Büllen gelte es, einen gerechten Ausgleich zwischen den bisherigen niedrigen und den autonomen Sägen zu finden. Die produktionsfördernde Erwerbslosenfürsorge muß man mehr als bisher in den Vordergrund stellen. Hierfür kämen namentlich drei Gebiete in Betracht: Landwirtschaft, Eisenindustrie und Baugewerbe. Das Zentrum sei bereit, mit allen Parteien Politik zu treiben, die die Staatsnotwendigkeiten anerkennen und in diesem Sinne auch handeln. Die große Koalition sei zurzeit wohl das richtige. Die Haltung der Sozialdemokratie sei aber in der letzten Zeit nicht besonders überzeugend. Der frühere Reichskanzler Wirth legte ein Bekenntnis zum Programm der Partei ab und betonte, daß zwischen der Fraktion und ihm keine grundsätzlichen Differenzen beständen. Es sei bestimmt zu erwarten, daß in nächster Zeit einige jetzt noch schwebende Fragen geregelt würden. Dann würde seiner Rückkehr zur Fraktion nichts mehr im Wege.

### Dr. Gehler nimmt seine Amtsgeschäfte wieder auf.

Reichswehrminister Dr. Gehler ist, wie die Blätter melden, von seinem Urlaub wieder in Berlin eingetroffen und hat die Leitung des Ministeriums wieder übernommen.

### Gründung einer elbischen Autonomistenpartei.

Berlin, 4. Juli. Wie aus Strahburg gemeldet wird, hat sich nach dem Journal d'Alsace et Lorraine eine radikal-autonomistische Partei gebildet, die sich "Elbischer Bund" nennt und schon mehrere Hundert Anhänger zählen soll. Die neue Partei verlangt völlige und absolute Neutralität des Elsaß. Der Vorsitz sei dem Baron Claus Jörn von Bulach angeboten worden.

### Freilassung führender Politiker in Assabon.

Assabon, 4. Juli. Die Regierung hat die kürzlich festgenommenen politischen Führer wieder in Freiheit gelassen.

### Zur Untersuchung über die Verwaltung des fremden Eigentums in Amerika.

Washington, 4. Juli. Vizepräsident Dawes ernannte den Senatsausschuß für die Untersuchung der Verwaltung des fremden Eigentums und zwar Senator Borah zum Vorsitzenden, die republikanischen Senatoren Mc. Calf und Mc. Master und die demokratischen Senatoren Stephen und Bratton zu Mitgliedern.

### Eröffnung der deutschen Kampfspiele.

Köln, 4. Juli. Heute nachmittag um 2 1/2 Uhr erfolgte im Kölner Stadion die Eröffnung der zweiten deutschen Kampfspiele. Nach einer Begrüßungsansprache durch Oberbürgermeister Dr. h. e. Ahenauer überbrachte der Reichsminister des Innern Dr. Kütz die Grüße der Reichsregierung. "Die Reichsregierung ist sehr davon durchdrungen," so führte der Minister aus, "daß sie nach bestem Können die deutschen Leibesübungen fördern muß. Sagen Sie es den deutschen Brüdern und Schwestern, wie tief in unseren Herzen die Anerkennung ihrer Bestrebungen liegt und wie tief wir uns mit ihrer Arbeit verbunden fühlen. Mögen die deutschen Kampfspiele ein Markstein deutscher Einheit für deutsche Kraft und deutsche Freiheit sein!" Staatssekretär z. D. Dr. De-mald, der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, führte u. a. aus: Unser Zusammenkommen hier zu dieser Stunde soll das einstimmige Bekenntnis dafür sein, daß Rhein und rheinisches Volk zum schönsten und ewigen Besitz des ganzen deutschen Volkes gehören. Die Kampfspiele sollen unseren rheinischen Brüdern die Glückwünsche der deutschen Jugend zur wiedergewonnenen Freiheit bringen. Nach einem Dank für die herzliche Aufnahme durch die Stadt Köln und dem Wunsch, daß die deutschen Kampfspiele überall ein Abglanz deutscher Art sein mögen, schloß Dr. Demald mit einem Hoch auf das geliebte deutsche Vaterland. Anschließend wurde ein Vers des Deutschlandliedes gesungen.

### Zur abessinischen Frage.

Paris, 4. Juli. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilte heute mit, daß der italienische Botschafter Graf Azzegana, der vorgestern vom Ministerpräsidenten Briand empfangen wurde, offiziell erklärt habe, daß die französischen Interessen in Abessinien durch das englisch-italienische Abkommen bezüglich Abessinien nicht bedroht würden. Der 1908 zwischen Abessinien, Frankreich und Italien geschlossene Vertrag verfolge die Abtötung der Unabhängigkeit und der Integrität Äthiopiens. Der gegenwärtige englisch-italienische Vertrag lasse sich von diesen Grundrissen leiten. Was die wirtschaftlichen Bestimmungen anbetreffe, so beeinträchtigen diese in keiner Weise das Regime der offenen Märkte in Abessinien.

onzert.  
Frau.  
ES,  
ne  
er,  
mpf  
wert  
W.  
den 1.  
rade 9.  
upstr. 1.  
kt 3.  
erg.  
No. 2  
nfer  
rtikel  
itung  
dding.  
wärts  
gläser  
len  
port.  
No. 27  
No. 47  
ere  
wolge.  
Schmitt  
schiffen.  
gebirge  
381.